



Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 27. Mai 2015 ek

INFOS DES REGIERUNGSRATS

Masseneinwanderungsinitiative: Regierungsrat stützt Bundesrat

Der Regierungsrat unterstützt in seiner Stellungnahme zur Umsetzung der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» den Vorschlag des Bundesrats. Danach soll ein neues Zulassungssystem für alle Ausländerinnen und Ausländer eingeführt werden, das insbesondere jährliche Höchstzahlen und Kontingente vorsieht sowie – bei Erwerbstätigkeit – den Schweizerinnen und Schweizern Vorrang einräumt. Der Regierungsrat spricht sich zudem für eine Prüfung sowohl des Inländervorrangs als auch der Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Einzelfall aus. Parallel dazu soll der Bundesrat mit der EU Verhandlungen mit den folgenden zwei Zielen führen: Einerseits soll das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) so angepasst werden, dass es der Schweiz künftig möglich ist, die Zuwanderung eigenständig zu steuern und zu begrenzen. Andererseits soll der bilaterale Weg gesichert werden.

Unnötige Bundesnorm gegen Littering

Die Umweltkommission des Nationalrats schlägt eine bundesweite Ordnungsbusse gegen Littering vor. In seiner Vernehmlassungsantwort lehnt der Regierungsrat den Vorschlag einer Regelung auf Bundesebene ab. Dies mit der Begründung, dass es kantonale oder kommunale Aufgaben sind, das Ortsbild zu pflegen, die Problematik und Sanktionen zu definieren und situativ geeigneten Massnahmen zu entwickeln. Zudem hält der Regierungsrat eine Busse für fahrlässiges Littering, wie sie der Bundesvorschlag vorsieht, für unverhältnismässig. Er fordert, dass nur bestraft werden soll, wer seinen Kleinmüll vorsätzlich zu Boden wirft oder liegenlässt. Im Kanton Zug kann Littering seit Oktober 2013 mit 100 Franken gebüsst werden.

Regierungsrat für Klima- und Energielenkungssystem

Der Regierungsrat begrüsst die Absicht, eine Verfassungsgrundlage für ein Klima- und Energielenkungssystem zu schaffen. Dies hält er in der entsprechenden Stellungnahme an den Bund fest. Damit spricht er sich für eine plangemässe Reduktion und Abschaffung der Förderinstrumente aus. Gleichzeitig soll eine reine Lenkungsabgabe mit voller Rückverteilung und ohne neue Teilzweckbindungen des Ertrags eingeführt werden. Die Umsetzung auf Gesetzesebene soll jedoch schrittweise und pragmatisch erfolgen. Auf eine Belastung der Treibstoffe und des Stroms soll vorerst verzichtet werden. Auch soll den Auswirkungen einer Lenkungsabgabe auf die LSVA und Mineralölsteuer oder andere Abgaben Rechnung getragen werden. Der Regierungsrat ist zudem der Meinung, dass für die Rückverteilung der Einnahmen aus der Lenkungsabgabe die bisherigen Kanäle beibehalten werden sollen.

Neue Grundlagen für Messwesen

Der Bund hat per 1. Januar 2013 ein neues Gesetz über das Messwesen in Kraft gesetzt. Der Regierungsrat passt die kantonalen Ausführungsbestimmungen dem neuen Gesetz an und erlässt dazu die revidierte Vollziehungsverordnung. Die neue Verordnung wird am 1. Januar 2016 in Kraft treten. Auf diesen Zeitpunkt hin wird die Organisation des kantonalen Eichwesens teilweise neu geregelt. Zudem werden die Auslagenentschädigungen des Eichamtes leicht erhöht.

Pensionierung

Walter Betschart, Einschätzungsexperte bei der kantonalen Steuerverwaltung, wird per Ende Mai nach 15 Dienstjahren pensioniert. Der Regierungsrat dankt Walter Betschart für seine wertvolle Mitarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Dienstjubiläen

Das 25-Jahr-Dienstjubiläum feiern:

- Roland Richoz, Leiter der Militärverwaltung
- Heinz Zobrist, Prüfungsleiter beim Amt für Berufsbildung

Der Regierungsrat gratuliert seinen Mitarbeitenden zum Jubiläum und dankt ihnen herzlich für ihre wertvolle Mitarbeit.